

Sparen: Samaras wirbt für Aufschub

ATHEN sda. Der griechische Ministerpräsident Antonis Samaras hat um zwei Jahre Aufschub bei den drastischen Sparauflagen für sein pleitebedrohtes Land gebeten. Das rund 11,5 Milliarden Euro schwere Sparprogramm könne leichter «geschluckt werden», wenn es auf vier statt bislang zwei Jahre angelegt werde, sagte er. «Wir sprechen von einer Streckung bis 2016», präzisierte Samaras gegenüber der «Washington Post» (Samstag). Das neue Sparpaket ist innerhalb der griechischen Regierungskoalition heftig umstritten und noch immer nicht in Kraft.

Eurogruppenchef Jean-Claude Juncker hatte die Griechen deswegen am Freitag beim Finanzministertreffen im zyprischen Nikosia mit ermahnt, sich «so schnell wie möglich» zu einigen. Die Verabschiedung des Sparpakets ist Voraussetzung für ein positives Zeugnis durch die Geldgeber-«Troika», das wiederum für die Freigabe der nächsten Hilfszahlung erforderlich ist. Samaras hofft, dass Athen mit dieser nächsten Tranche in Höhe von 31,5 Milliarden Euro angeschlagene Banken rekaptalisieren und auch Schulden bei der Privatwirtschaft in Höhe von 6 Milliarden Euro begleichen kann.

Banken bestätigen weisse Weste nicht

BERN sda. Mehrere hundert griechische Politiker haben die Schweizerische Bankiervereinigung (SBVg) um eine Bestätigung gebeten, dass sie kein Konto in der Schweiz besitzen. Die SBVg wies die Bitte jedoch zurück. Die Anfrage von mehr als 300 Abgeordneten des griechischen Parlaments und ihren Ehepartnern war im April bei der SBVg eingegangen.

Die Politiker wollten sich damit gegen den Vorwurf wehren, der Bevölkerung Sparmassnahmen aufzuzwingen und gleichzeitig ihr Geld in Steueroasen zu schleusen. Die Schweizer Bankiervereinigung lehnte den Antrag ab. Sie könnte Anfragen von «derart allgemeinem Inhalt» nicht an ihre Mitglieder weiterleiten, schrieb sie zur Begründung in einem Brief ans griechische Parlament. «Schweizer Banken sind nicht verpflichtet, eine Bestätigung herauszugeben», heisst es in dem Schreiben weiter.

Brüssel will die Zentralisierung

FISKALUNION Der Euro kann nur durch Aufgabe nationaler Souveränität gerettet werden. Ein Interview mit EU-Finanzkommissar Janusz Lewandowski.

INTERVIEW MAREK PEDZIWOŁ
Blindtext@luzernerzeitung.ch

Die geplante Banken- und Fiskalunion bedeute eine weitere Zentralisierung innerhalb der EU, sagt EU-Haushaltskommissar Janusz Lewandowski. Die nationalen Parlamente müssten Souveränität aufgeben – auch wenn eine Mehrheit der Bürger das ablehnt. Anders sei der Euro nicht zu retten

Janusz Lewandowski, Sie erwarten einen Herbst der schwierigen Entscheidungen. Welche werden am schwierigsten sein?

Janusz Lewandowski: Dieser Herbst wird über die Zukunft der Europäischen Union entscheiden. Uns stehen ernste Gespräche über die Bankunion als einer Ergänzung zur Eurozone bevor. Dazu kommen andere Regeln, die eine neue Wirtschaftsstruktur der Europäischen Union bringen werden. Dabei tauchen zwei Probleme auf. Das erste besteht darin, dass wir – sollte der Euro überleben – mehr Europa, mehr zentralisierte Kontrolle brauchen. Damit taucht zweitens das Problem demokratischer Legitimierung auf. Weil mehr Europa kein Traum der Bürger ist. Und zwar deswegen, weil Europa so stark mit Problemen und nicht mit den Lösungen assoziiert wird.

Bedeutet «mehr Europa» die Verschiebung eines Teils der nationalen Souveränität nach Brüssel?

Lewandowski: Die Bankunion soll am Ende zur Vergemeinschaftung führen. Das bedeutet ein europäisches System der Kreditgarantien, ein europäisches System der Bankeinlagenversicherung. Dazu werden keine ernsten Änderungen des EU-Vertrags vonnöten sein. Aber in der Aufsicht der Banken wird es die Übergabe eines Teils der Souveränität auf das übernationale Niveau bedeuten. Die Fiskalunion – die Kontrolle und die Disziplinierung der nationalen Haushalte, die zu den Vorrechten der nationalen Parlamente gehören – wird zu einem Verzicht auf ein noch grösseres Stück der Souveränität führen.

Ist das machbar?

Lewandowski: Das Problem liegt darin, dass es derzeit, anders als noch am Ende



Der EU-Kommissar für Finanzplanung und Haushalt Janusz Lewandowski warnt vor einem zweigeteilten Europa.
EPA/Julien Warnand

der 90er-Jahre, das Vertrauen in die europäischen Institutionen fehlt. Das stellt wiederum die demokratische Legitimierung dieses Prozesses in Frage. Aber wenn die gemeinsame Währung überleben soll, dann ist dieser Prozess unabwendbar. Doch es gibt ein zweites Problem: Europa darf nicht in Euro- und Non-Euro-Zone geteilt werden.

Damit es nicht zu einem Europa der zwei Geschwindigkeiten kommt?

Lewandowski: Eben. Wie sollen jene Staaten Schritt halten, die entweder keinen Euro wollen oder die planen, erst in einer fernen Zukunft der Eurozone beizutreten? Darauf gibt es derzeit keine gute Antwort. Aber es gibt schon Lösungen, die eine freiwillige Beteiligung der Staaten vorsehen. Das, was der Kommissar Michel Barnier als Bankunion vorschlägt, sieht auch eine solche freiwillige Beteiligung vor. In der ganzen Debatte gibt es zumindest zwei Richtungen: Die eine sagt, dass der Staat sparen muss. Die andere meint, dass man nicht alles kürzen darf, weil man auf diese Weise nie aus der Rezession herauskommt. Wie sehen Sie es? Wenn man einen echten Ausgang

finden will, dann muss man pragmatisch sein. Von 2009 bis 2011 war Sparpolitik – die Mutter aller Politiken. Aber die Wahlergebnisse in mehreren Ländern, zum Beispiel in Frankreich, haben gezeigt, dass eine solche einseitige Politik, die keine Zukunftshoffnung gibt, mit riesigen politischen Kosten verknüpft ist. Daher haben wir im Jahr 2012 mit einer ausgeglicheneren Politik begonnen, die auf die Sanierung der öffentlichen Finanzen nicht verzichtet, aber auch eine Belebung der Wirtschaft versucht.

Wird das zu einer weiteren Verschuldung der EU-Staaten führen?

Lewandowski: In Europa der Schulden und Defizite dürfen wir uns keine ausgabeorientierten Rezepte leisten, weil sie noch grössere Schulden und noch grössere Defizite und einen noch grösseren Glaubwürdigkeitsverlust bedeuten würden.

Stecken auch im EU-Binnenmarkt noch Wachstumsreserven?

Lewandowski: Europa muss nach Methoden zur Steigerung von Wachstum und

Wettbewerbsfähigkeit suchen, die die heutigen Probleme in den öffentlichen Finanzen nicht noch vermehren. Dazu gehören erstens Strukturreformen auf dem Arbeitsmarkt. Die Mobilität der Arbeitskräfte muss meiner Meinung nach mehr gefördert werden. Die Arbeitslosigkeit in Ländern wie Österreich beträgt ungefähr fünf Prozent, in anderen Ländern erreicht sie 20, ja sogar 25 Prozent. Ein gemeinsamer, flexiblerer Arbeitsmarkt kann da eine Antwort sein. Dazu gehört zweitens, das unvollendete Werk des Binnenmarkts in diversen anderen Bereichen zu vollenden. Dazu gehören drittens diejenigen EU-Fonds, die einen Investitionscharakter haben.

HINWEIS

► Der liberale Volkswirt Janusz Lewandowski (geboren 1951) ist seit 2010 EU-Kommissar für Finanzplanung und Haushalt. Er war Wirtschaftsberater der Gewerkschaft Solidarność seit ihrer Gründung 1980 bis zur Wende 1989. In den Regierungen von Jan Krzysztof Bielecki (1991) und Hanna Suchocka (1992–93) war er Privatversicherungsminister. Von 2004 bis 2010 war Lewandowski Mitglied des Europäischen Parlaments. ◀

Eine unlimitierte Geldflut wie nur einmal im Leben

Wenn wir etwas nur einmal erleben, ist es umso schwieriger, dies einzuordnen. Eine von den Zentralbanken zwar nicht koordinierte, aber praktisch parallele Geldmengen-

ausweitung, wie sie derzeit stattfindet, haben die heutigen Entscheidungsträger noch nie in ihrem Leben jemals erfahren.

In den USA werden in den nächsten Jahren von der Zentralbank Federal Reserve (Fed) unlimitiert Anleihen aufgekauft, um das Zinsniveau so tief wie möglich zu halten. Der Leitzins wird in den nächsten drei Jahren praktisch null betragen. In der stagnierenden, hoch verschuldeten Wirtschaft sollen tiefe Zinsen die Bau- und Investitionstätigkeit ankurbeln und damit indirekt die Arbeitslosigkeit verringern. Denn in einer Bevölkerung von 244 Millionen gehen gerade noch 140 Millionen (58,3%) einer regelmässigen Erwerbsarbeit nach; viele Nichterwerbstätige haben die Suche nach einem Job aufgegeben und erscheinen in den gängigen Arbeitslosenstatistiken nicht mehr. Die weitere Neuverschuldung des Staates ebenso wie die Ausbehebung der Verfassung mit der Schuldenobergrenze, die demnächst überschritten wird, werden in Kauf genommen.

In Europa sieht es mit der Geldpolitik im einheitlichen Markt mit 27 Ländern und über 500 Millionen nicht viel besser aus. Alle Staaten machen Defizite. In

Deutschland sind sie zwar am geringsten, aber selbst in Hochkonjunkturjahren vorhanden. Bei den Franzosen war in den letzten 50 Jahren prinzipiell nichts anderes gemacht worden als neue Schulden, egal, wie sich das Regierungslager zusammengesetzt hat.

AUSSICHTEN

Aber noch schlimmer sind heute, nebst kleineren Staaten, die grossen Volkswirtschaften Italien und Spanien dran. Deshalb hat die Europäische Zentralbank beschlossen, unlimitiert ein- bis dreijährige Staatsanleihen aufzukaufen, um gegen jede marktwirtschaftliche Logik «ungerechtfertigt hohe» Schuldzinsen zu drücken.

Die Betonung, dass dies nur unter «strikten Bedingungen» geschehen werde, wirkt wenig glaubwürdig in Zeiten, in denen fast alle Staaten gewichtige Regeln massivst verletzt haben und wiederholt vertragsbrüchig geworden sind. Spannend wird vielmehr sein, wie die EZB in ihrem Turm hoch über Frankfurt «faire» Zinssätze festlegen wird. Angela Merkel als Regierungschefin des Hauptfinanzierungslandes kann sich vorerst zurücklehnen. Rechenschaftspflichten sind ihr lästig. Statt die Massnahmen demokratisch durch das Parlament durchzubringen und die Bevölkerung zu überzeugen,

versteckt sich die Kanzlerin nun hinter der EZB mit ihren Mehrheitsentscheidungen – einem Organ, das sich der politischen Kontrolle entzieht und «fast einstimmig» nicht deutsche Meinungen vertritt.

Sämtliche Beschwerden gegen diese Verlagerung wurden vom deutschen Bundesverfassungsgericht zwar abgewendet, aber zumindest wurde die verfassungswidrige Staatsfinanzierung durch die EZB in beachtenswerten Passagen deutlich getadelt. Das Handeln der EZB wird schon jetzt für illegal gehalten, und manch einer sieht in der kurzfristigen Euro-Rettung definitiv eher die Entwicklung einer griechischen Tragödie. Die Lage aber sei, um Worte aus der deutschen Regierung zu verwenden, «alternativlos», und so verstrickt sich Deutschland in eine schier ausweglose Lage des gemeinsamen Handelns mit den grössten Schuldenündern in Europas jüngster Geschichte.

In China, wo die abgekühlte Nachfrage aus den USA und aus Europa stark spürbar ist, wird seit jüngstem ebenfalls mit immensen geld- und fiskalpolitischen Eingriffen und vorgezogenen Infrastrukturvorhaben die Wirtschaft unterstützt. Auch das hochverschuldete Japan erwägt nochmals ein neues Konjunktur-Ankurbelungsprogramm, obschon es sich schon die letzten Massnahmen überhaupt nicht hätte leisten dürfen.

Und in der Schweiz? Die massiven geldpolitischen Massnahmen bleiben weiterhin die stärksten Treiber der Immobilienpreiserhöhung. Eine Kehrtwende ist beiderorts nicht auszuma-

Obwohl der Nutzen aller Massnahmen mehr als zweifelhaft ist, gilt für den Investor: Bekämpfe nicht die Fed! Freue dich darüber, dass die amerikanische Börse haussiert. Nicht weil die Unternehmen besonders gut positioniert wären und Marktanteile gewinnen würden, sondern einzig, weil die Fed generell hohe Aktienkurse an den US-Börsen sehen will. So fühlten sich die Amerikaner reicher und würden mehr Ausgaben tätigen, meint der Fed-Vorsitzende Bern Bernanke. Und nach unten sind die Börsianer abgesichert, mit einem sogenannten Bernanke-Put, dem Versprechen, wieder zu handeln, sollten die Aktienkurse absacken. Weshalb gibt es eigentlich noch Finanzanalysten? Vielleicht um uns daran zu erinnern, dass sich der US-Dollar in der längeren Frist noch stärker abwerten wird. Aber ist der Euro, Yen oder Renminbi wirklich die bessere Alternative?

MAURICE PEDERGNANA

HINWEIS

► Maurice Pedernana (47) ist Professor für Banking and Finance an der Hochschule Luzern – Wirtschaft und Studienleiter am Institut für Finanzdienstleistungen Zug (IFZ). Details dazu finden Sie ebenfalls auf dem Blog. ◀



Maurice Pedernana.
Bild Stefan Kaiser